

Der Mann am Bosphorus «kränkelt»

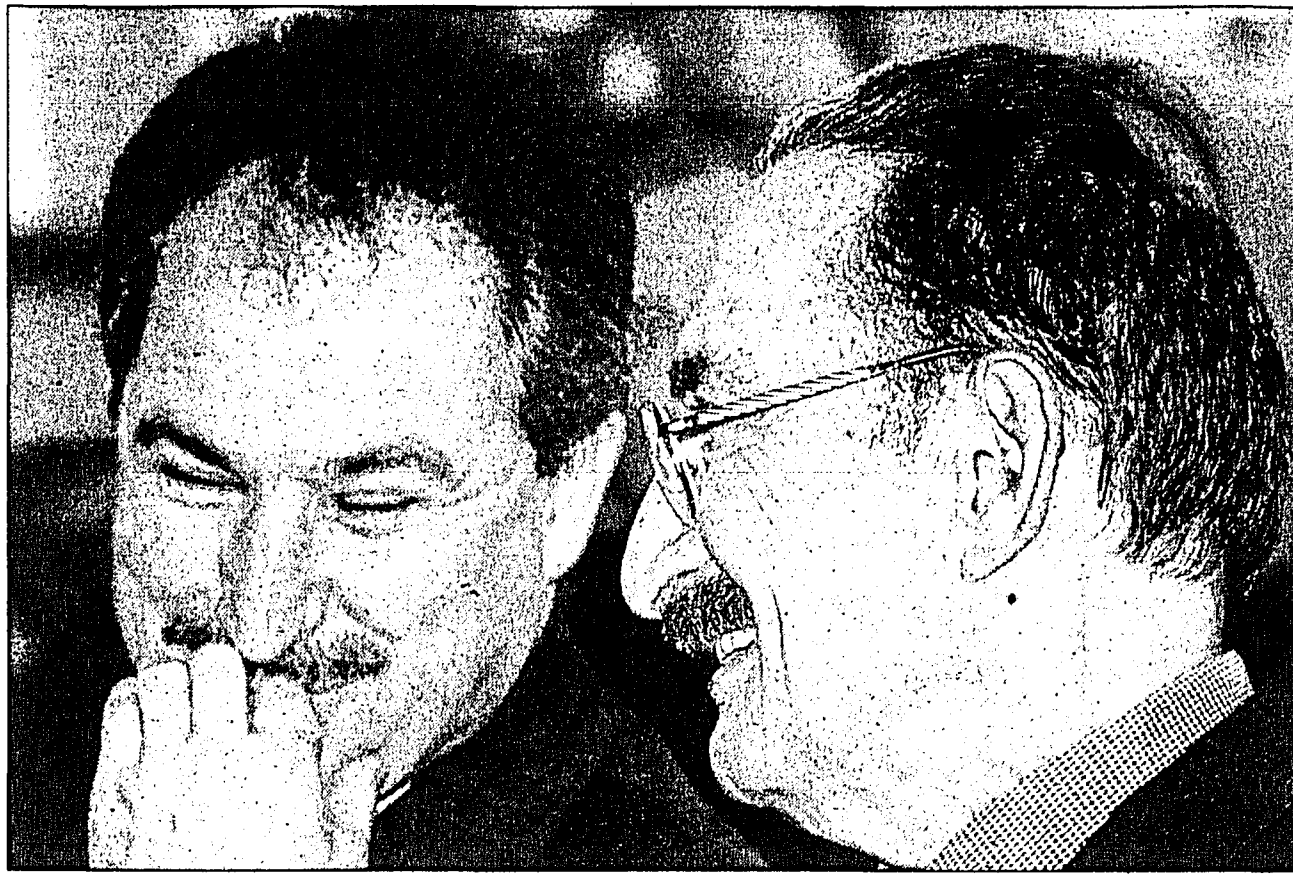
Nach Minister-Massenrücktritt Neuwahlen in Türkei wahrscheinlich

ANKARA: Die türkische Regierungskoalition von Ministerpräsident Bülent Ecevit steht offenbar kurz vor dem Aus. Nach türkischen Medienberichten traten am Dienstag zwei weitere Kabinettsmitglieder von ihren Ämtern zurück.

Am Dienstag kündigten auch Erziehungsminister Metin Bostancıoğlu und der Staatsminister Hasan Gemici den Verzicht auf ihre Ämter an. Zu den Gründen seines Rücktritts sagte Gemici: «Mangelndes Vertrauen und Hoffnungslosigkeit machen die Probleme unseres Landes noch schwieriger.»

Am Vortag waren bereits Vize-Regierungschef Hüsamettin Özkan und Kulturminister İstemihan Talay sowie die Staatsminister Recep Önal und Mustafa Yılmaz zurückgetreten. Sie begründeten dies mit der Führungslosigkeit im Kabinett wegen der schweren Parkinson-Erkrankung des 78-jährigen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit.

Damit kündigten dem gesundheitlich angeschlagenen Regierungschef innerhalb von 24 Stunden insgesamt sechs Minister und 28 weitere Parlamentsabgeordnete die Gefolgschaft. Damit verfügt Ecevits Demokratische Partei der Linken (DSP), im Parlament jetzt nur noch über 96 von 550 Sitzen.



Ein Bild aus besseren Zeiten: Der ehemalige Vize-Regierungschef Hüsamettin Özkan (links) und Ministerpräsident Bülent Ecevit.

Stärkste Fraktion ist somit jetzt Ecevits Koalitionspartner, die rechtsgerichtete Partei der Nationalen Bewegung (MHP) des stellvertretenden

Ministerpräsidenten Devlet Bahçeli. Dieser hatte am Sonntag vorgezogene Wahlen für Anfang November gefordert.

Bahçeli hatte dies mit Ungewissheiten in der Regierung und den sich daraus ergebenden negativen Auswirkungen auf die mit einer Rezession

kämpfenden türkischen Wirtschaft begründet. Mit der Forderung nach Neuwahlen hatte Bahçeli den Anstoss zu der Welle von Ministerrücktritten ausgelöst. In Ankara wurde gespannt auf eine Stellungnahme der beiden Kabinetts-Schwergewichte, Aussenminister İsmail Cem und des Wirtschaftsministers Kemal Derviş, gewartet. Ihr Votum gegen Ecevit könnte Neuwahlen oder einen Wechsel an der Regierungsspitze unvermeidlich machen.

Die türkischen Finanz- und Aktienmärkte reagierten weiter verunsichert. Dafür muss vor allem der türkische Staat mit hohen Zinsen auf seine Anleihen bezahlen. Seit der Erkrankung Ecevits stiegen die Zinsen für Staatsanleihen um rund 25 Prozentpunkte auf fast 80 Prozent.

Drei neue Ministerposten

Ecevit war im Mai zwei Mal im Spital und seitdem nicht in der Lage, in seinen Amtssitz zurückzukehren. Er steht seit Sommer 1999 an der Spitze der Koalitionsregierung aus DSP, der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und der Mutterlandspartei (Anap). Entgegen allen Rücktrittsspekulationen ernannte Ecevit in der Zwischenzeit drei neue Minister. Der für Zypern-Fragen zuständige Staatsminister Sükrü Sina Gürel wurde zum Nachfolger von Vize-Regierungschef Hüsamettin Özkan bestellt.

Koalition in Tschechien steht

PRAG: Knapp einen Monat nach der Parlamentswahl in Tschechien haben die Sozialdemokraten des künftigen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla am Dienstag einen Koalitionsvertrag mit der christdemokratischen Volkspartei (KDU-ČSL) und der rechtsliberalen Freiheitsunion (US-DEU) unterzeichnet. Špidlas CSSD hatte bei der Wahl im Juni 70 der 200 Parlamentssitze gewonnen. Zusammen verfügen die drei Koalitionspartner über eine knappe Mehrheit von 101 Mandaten. Špidla sagte, die Priorität seines Kabinetts werde der Beitritt zur Europäischen Union sein.

El Kaida droht mit Anschlägen

ALGIER: Das Terrornetzwerk El Kaida hat am Dienstag erneut mit weiteren Anschlägen auf amerikanische Ziele gedroht. Die Organisation verfüge nach wie vor über eine intakte militärische und wirtschaftliche Infrastruktur, sagte El-Kaida-Sprecher Sulaiman Abu Ghaith in einem Interview mit der algerischen Tageszeitung «El Jum». «El Kaida wird weitere Anschläge auf amerikanischem Staatsgebiet und ausserhalb organisieren, zu einem von uns gewählten Ort und Zeitpunkt mit den von uns festgelegten Zielen», sagte er.

Die Anti-Terror-Offensive der USA habe El Kaida bislang kaum Schaden zugefügt, sagte Abu Ghaith: «Der amerikanische Feldzug ist nicht mehr als ein Hollywood-Drehbuch und hat zum Tod tausender unschuldiger Dorfbewohner geführt.»

Afrika gründet Union

DURBAN: Afrika hat eine Union aus der Taufe gehoben, die sich das Ziel gesetzt hat, die Armut zu bekämpfen, Kriege zu beenden sowie Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Die Union aus 53 Staaten ging aus der Organisation der Afrikanischen Einheit hervor. «Wir sagen, wir betteln nicht mehr um Unterstützung. Es liegt in jedermanns Interesse, bei der Entwicklung Afrikas zu helfen», sagte Südafrikas Vizeausserminister Aziz Pahad.

Bush kündigt harte Strafen für Bilanzfälscher an

«Wir müssen eine neue Ära der Rechtschaffenheit einläuten»

NEW YORK: US-Präsident George W. Bush will nach der Serie von Finanzskandalen in der US-Wirtschaft gegen Bilanzfälscher hart durchgreifen. «Wir müssen eine neue Ära der Rechtschaffenheit einläuten», sagte der Präsident in einer Rede an der Wall Street.

Ziel sei es, «das Vertrauen des amerikanischen Volkes» in seine Wirtschaft wiederherzustellen. Bush will unter anderem die Haftstrafen für bestimmte Betrugsdelikte auf zehn Jahre verdoppeln und die Börsenaufsicht SEC stärken. Eine neue Kommission unter der Leitung des stellvertretenden Justizministers soll die Ermittlungen gegen unehrliche Manager und Unternehmen koordinieren.

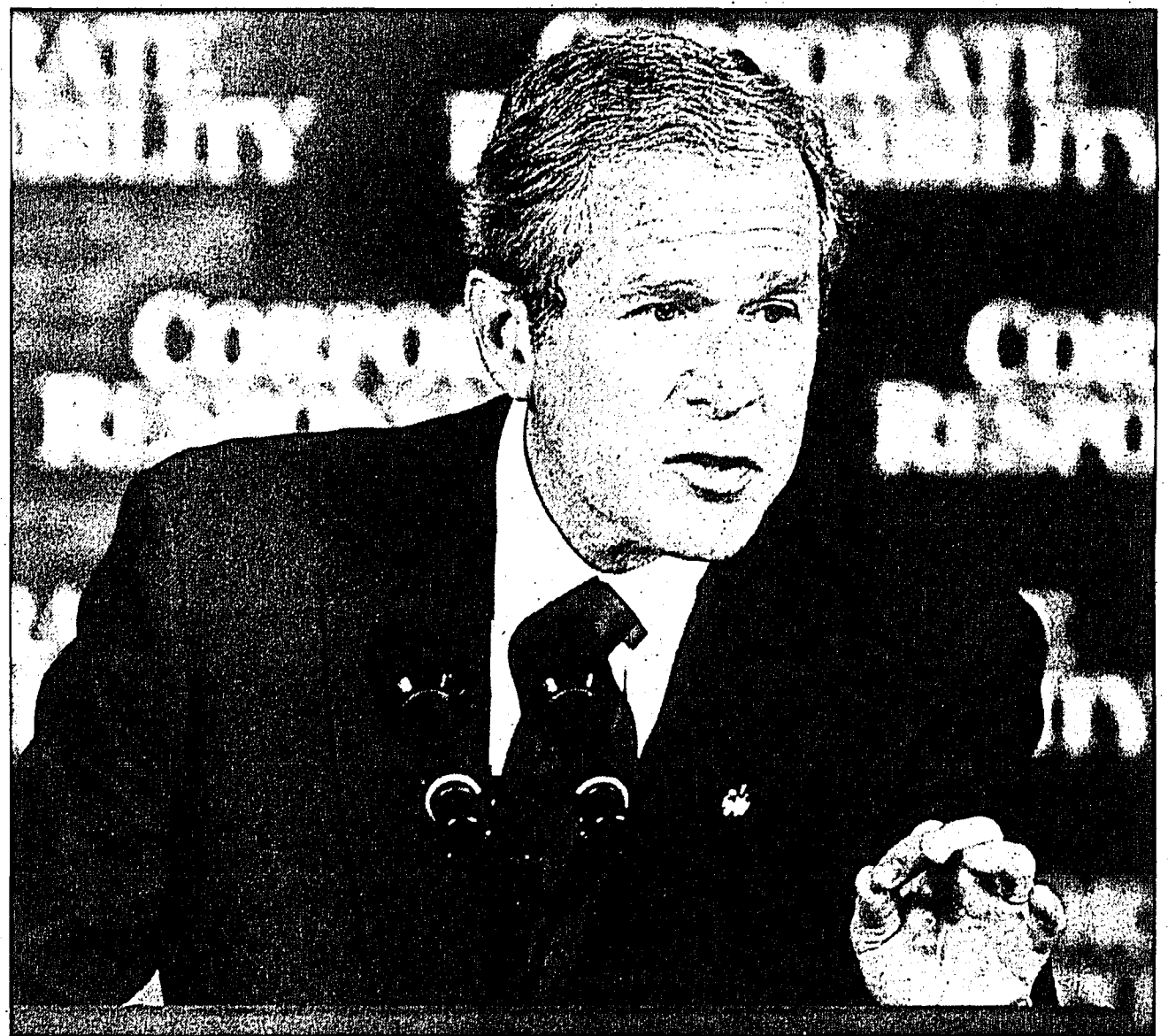
«Meine Regierung wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Tage zu beenden, in denen die Bücher gefälscht, die Wahrheit verdunkelt und die Gesetze gebrochen wurden», versprach Bush. Er unterstrich, dass die grosse Mehrheit der US-Geschäftsleute ehrlich sei.

In den Büchern der US-Unternehmen versteckten sich aber weitere Skandale. Die SEC habe deshalb die 1000 grössten Unternehmen aufgefordert zu bescheinigen, dass ihre Bücher in den vergangenen Jahren korrekt geführt wurden.

Keinen Kapitalismus ohne Gewissen

Besonders in die Pflicht nahm Bush die Konzernchefs. Er forderte sie auf, ihre Gehalts- und Bonuspakete in jedem Geschäftsbericht offen zu legen. Überführte Betrüger müssten dem Unternehmen alles Geld zurückzahlen, dass sie sich auf diese Weise erschlichen hätten. Die Korrektheit ihrer Jahresbilanzen sollen Unternehmenschefs zudem künftig persönlich beglaubigen.

«Wir brauchen Wirtschaftsführer, die den Unterschied zwischen Ehrgeiz und zerstörerischer Gier kennen», sagte Bush. Der Wirtschaftsboom der 90er Jahre habe zu Exzessen geführt, die das finanzielle Wohlergehen der Angestellten und Investoren bedrohe. «Die Hoffnung auf Profite hat die Samen der Skandale gesät», sagte Bush.



Will hart durchgreifen: US-Präsident George W. Bush bekräftigte gestern, dass er gegen Bilanzfälscher mit allen Mitteln vorgehen werde.

Zu viele Firmen agierten «losgelöst von den Werten unseres Landes». Langfristig aber gebe es «keinen Kapitalismus ohne Gewissen, keinen Wohlstand ohne Charakter». Nötig seien jetzt eine strikte Umsetzung des Rechts und höhere ethische Standards, sagte Bush vor rund tausend Geschäftsleuten.

Ausbau der SEC

Bush plant neben verlängerten Gefängnisstrafen eine verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung der Börsenaufsicht. Mit zusätzlichen 20 Mio. Dollar im laufenden Haushalts-

jahr soll die SEC 100 neue Beschäftigte einstellen; derzeit hat sie rund 3000 Beschäftigte. Im kommenden Haushaltsjahr soll das Budget der Behörde um 100 Mio. Dollar oder etwa 20 Prozent steigen.

Die Serie der Skandale hatte Ende vergangenen Jahres mit der Pleite des Energiekonzerns Enron begonnen. Das Unternehmen hatte mit einem ausgefallenen System seine prekäre Finanzlage lange verschleiert. Vorläufiger Höhepunkt war Ende Juni das Eingeständnis des Telefonriesen WorldCom, 3,85 Mrd. Dollar fehlerhaft verbucht zu haben.

Bush wies auch erneut Vorwürfe zurück, dass er selbst sich in seiner früheren Tätigkeit bei dem Unternehmen Harken Energy inkorrekt verhalten habe. Auf Fragen von Journalisten wies er mehrfach darauf hin, dass sein umstrittener Aktiendeal vor zwölf Jahren von der SEC untersucht wurde. Diese habe keinen Anlass gesehen, ihn zu belangen.

Bush hatte Anfang der 90er-Jahre Harken-Aktien im Wert von 848 000 Dollar verkauft. Zwei Monate danach deklarierte die Firma Verluste von 23 Mio. Dollar, was einen Sturz der Aktie auslöste.